

Anfrage Hunkeler Yvonne zur Vorfinanzierung und zum gemeinsamen Engagement der Zentralschweizer Kantone zu Gunsten des Durchgangsbahnhofes

Das Bundesamt für Verkehr hat sich Ende Januar 2017 ganz klar zum Durchgangsbahnhof in Luzern bekannt. Peter Füglistaler, Direktor des Bundesamts für Verkehr, zeigt sich im Interview mit der Luzerner Zeitung vom Projekt Durchgangsbahnhof überzeugt: «Der Durchgangsbahnhof wird kommen. Es ist nur die Frage, wann wir ihn finanzieren können. Voraussichtlich ab etwa 2025 wird der nächste Ausbauschnitt dem nationalen Parlament vorgelegt. In der Zwischenzeit kann die Projektierung weitergeführt werden.» Nun ist es an der Zeit, seitens des Kantons Luzern ein deutliches Zeichen zu setzen. Erstens sind umgehend die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Vorfinanzierung durch den Kanton Luzern zu schaffen. Zweitens ist der Durchgangsbahnhof mit Hochdruck gemeinsam und koordiniert mit den anderen Zentralschweizer Kantonen gegenüber Bundesbern voranzutreiben. Aus diesen Gründen stellen sich folgende Fragen:

1. Ist der Regierungsrat klar der Meinung, dass der Kanton Luzern den Durchgangsbahnhof durch eine eigene Vorfinanzierung vorantreiben muss, damit dieser so früh wie möglich realisiert werden kann?
2. Was braucht es seitens des Kantons Luzern, damit eine Vorfinanzierung des Durchgangsbahnhofs erfolgen kann? Wie erfolgt in dieser Frage die Koordination mit den Bundesbehörden?
3. Wann und wie gedenkt der Regierungsrat, die Grundlagen für eine Vorfinanzierung zu schaffen?
4. Wie ist das gemeinsame Engagement der Zentralschweizer Kantone gegenüber Bundesbern heute organisiert? Wann erfolgen die koordinierenden Gespräche mit den anderen Zentralschweizer Kantonen? Wie präsentiert sich die politische Roadmap?
5. Welche Rolle hat der Kanton Luzern in diesen Bemühungen?
6. Wie ist beabsichtigt, vor allem im Zusammenhang mit der Realisierung des Durchgangsbahnhofes und des Zimmerbergtunnels II, die beiden Projekte gemeinsam und koordiniert in Bern voranzutreiben, damit eine grösstmögliche Wirkung im Hinblick auf den nächsten Ausbauschnitt resultieren kann?
7. Gibt es aus Sicht der Regierung andere zentrale Punkte, an denen für ein Gelingen dieses Generationenprojektes politisch gearbeitet werden muss?

